

beschränkungen seitens des Papstes. Schließlich aber fand man, daß alle bestehenden Modelle doch sehr unangemessen seien, so daß wohl bis zur Wiedervereinigung der Kirchen noch ein langer Weg zurückzulegen ist. Wenn dennoch im Zusammenhang mit diesem Dokument von einem „wahren Durchbruch“ gesprochen wurde, so wohl deshalb, weil man sich auf eine für die Ökumene wichtige Definition der „petrinischen Funktion“ einigen konnte, der zufolge der Papst als Symbol der Einheit der Christen und deren universellen Mission verstanden werden kann. So heißt es in der Erklärung u. a., es sei der Wille Christi, daß es nicht nur eine geistige, sondern eine in der Welt manifestierte Einheit gebe. Die Verantwortung für die Förderung dieser Einheit könnte „einem einzelnen Amtsträger anvertraut werden“. „Mit vorsichtigen Worten“ — so der „Christian Science Monitor“ am 8. März 1974 — wird dieser Gedankengang im Dokument fortgesetzt: „Der Bischof von Rom, von dem die römischen Katholiken glauben, er sei durch den Willen Christi mit dieser Verantwortung betraut, und der dieses Amt in Formen ausgeübt hat, die sich über die Jahrhunderte in bedeutungsvoller Weise geändert haben, kann in der Zukunft in einer Weise amtieren, die besser den universalen und regionalen Bedürfnissen der Kirche in den komplexen Verhältnissen dieser Zeit entspricht.“

Die Lutheraner werden besonders angesprochen mit der Frage, ob sie „nicht nur die Legitimität des päpstlichen Amtes im Dienste der römisch-katholischen Gemeinschaft anerkennen könnten, sondern auch die Möglichkeit und Erwünschtheit des päpstlichen Amtes — erneut unter dem Evangelium und der christlichen Freiheit verpflichtet — in einer größeren Gemeinschaft, die die lutherischen Kirchen einschließen würde“. Hier werden die wichtigsten *Ansatzpunkte für die zukünftigen Diskussionen* dieser Vorschläge zu suchen sein. In der getrennten Erklärung der Lutheraner wird denn auch darauf hingewiesen, daß es nun in erster Linie

darauf ankomme, ernsthaft nach einer „neuen Einstellung“ zum Papsttum und Vorschlägen für seine Erneuerung zu suchen. Die Lutheraner in der Dialog-Gruppe erkannten an, daß trotz „schlechter Päpste“ das Papsttum historisch eine positive Rolle gespielt habe als Zentrum der Einheit und in schwierigen Aufgaben wie dem Kampf für eine Unabhängigkeit der Kirche vom Staat. Als Schwierigkeit sehen es die Lutheraner an, daß sie bei der Verbreitung des Dokumentes und der eingehenden Diskussion seines Inhaltes nicht über ähnlich gute Kommunikationsmöglichkeiten verfügen wie die Katholiken. Sicherlich dürfte eine Fülle von Vorurteilen zu beseitigen sein, ehe auch nur der hier gefundene bedingte Konsens Eingang in breite Kirchenkreise findet. Die Promotoren des gesamten Unterfangens sind deshalb bemüht, immer wieder darauf hinzuweisen, daß ein reformiertes Papsttum als Symbol und Zentrum der christlichen Einheit keineswegs dem Geist Luthers Gewalt antut. Der katholische Kommentar zu dem Statement schlägt vor, daß ein „besonderer kanonischer Status“ für die Lutheraner entwickelt wird, der es ihnen erlaubt, in Gemeinschaft mit Rom zu sein, ohne alle Rechtsansprüche akzeptieren zu müssen, die mit dem päpstlichen Amt in der römisch-katholischen Kirche verbunden sind.

Libanesische Christen und arabische Politik

Die Besuche des libanesischen Parteiführers *Pierre Gémayel* (= Dschumail) im September 1973 in Damaskus und im Februar 1974 in Kairo haben aufs neue gezeigt, wieviel Wandlungsfähigkeit in dem schon so oft totgesagten „Klerikalismus“ des gemischt-religiösen Libanon inmitten der arabisch-islamischen Umwelt steckt. Seine Träger und gerade Gémayels 1936 gegründete „*Falangen*“ (arabisch: Al-kataib al-lubnania). Die neue *Krise*, die den Libanon 1969—1973 auf den verschiedensten Gebieten heim-

Modell eines Dialogs

Während offizielle Stellungnahmen der Kirchenführungen zu den Aussagen und Vorschlägen des Dokumentes noch ausstehen, fand die Erklärung in der Presse ein sehr gutes Echo. Die Zeitschrift der amerikanischen Jesuiten, „*America*“ (16. 3. 74), meinte, so wie viele Klischees werde auch das Wort Dialog oft mißbraucht und eine echte Dialog-Erfahrung sei äußerst selten. Um so bemerkenswerter sei die gemeinsame Erklärung. Die „*New York Times*“ (6. 3. 74) widmete der Erklärung einen Leitartikel, der eine einzige Lobeshymne auf die Arbeit der Dialog-Gruppe darstellt. Der gute Wille und die geduldige harte Arbeit der Theologen könnten „als Modell für die säkulare menschliche Gesellschaft dienen, die nach mehreren tausend Jahren der Zivilisation noch immer nach einer echten menschlichen Gemeinschaft sucht“. Auch die Reform des Papsttums seit dem Zweiten Vatikanum wird von der Zeitung unterstrichen, verbunden mit der zum Ausdruck gebrachten Hoffnung, daß eine fortgesetzte Erneuerung helfen könnte, die ökumenischen Barrieren der päpstlichen Unfehlbarkeit zu beseitigen. Mit dieser Thematik wird sich die lutherisch-katholische Dialog-Gruppe übrigens auf den nächsten Sitzungen beschäftigen.

gesucht hatte und auf deren Höhepunkt die Beseitigung des „anachronistischen“ Religionsproporz in der Politik gefordert worden war, scheint nun in ihren schlimmsten Gefahrenmomenten überwunden. Wie schon bei der großen Krise für das Selbstverständnis und die Selbständigkeit des Libanon 1958—1960 hat auch diesmal die katholisch-maronitische Volksgruppe unter Führung ihres Patriarchen *Paul Pierre Meuschi* den entscheidenden Beitrag zu Klärung und Stabilisierung geleistet. War es damals

der Patriarch persönlich gewesen, der durch sein Treffen mit Abd el Nasser den panarabischen Sog der „Vereinigten Arabischen Republik“ (Ägypten und Syrien 1958—1961) vom Libanon abwenden konnte, so hat Meuschi diesmal aus dem Hintergrund durch Verlagerung seiner Unterstützung von der immer gestrigeren „National-Liberalen Partei“ des ehemaligen (maronitischen) Staatspräsidenten *Camille Chamoun* (= Schamun) auf die im Dialog mit den arabischen Nachbarparteien befindlichen Falangen Gémayels gewirkt.

Anwachsen sozialistischer Strömungen

Den letzten Anstoß zur Isolierung Chamouns durch die Kirchenführung dürfte das Interview gegeben haben, das der Altpräsident im Sommer 1973 dem Beirut Journalisten *Nabil Rijaschi* gewährte und von diesem im „Daily Star“ (28. 8. 1973) der rechtsgerichteten „Hayat“-Gruppe veröffentlicht wurde. Er trat darin allen Plänen jüngerer Anhänger für eine „Sozialisierung“ des Parteiprogramms entgegen, bekannte sich zu frühkapitalistischen Ideen und machte jeden „Arabischen Sozialismus“, ob nun marxistischer, islamischer oder christlich-sozialer Provenienz für alles Übel im Nahen Osten und in den arabischen Ländern verantwortlich.

Solche Ideen waren lange auch von den Falangen vertreten worden, obwohl sie sich bei ihrer Gründung als „Libanesischer Sozialdemokratischer Partei“ bezeichnet hatten und auch weiterhin auf eine progressive Fassade Wert legten. Das vor allem bei den *Jugendverbänden* Gémayels, die sich mit Vorliebe aus den von den christlichen Bergdörfern in die libanesischen Küstenstädte abwandernden Jugendlichen rekrutieren. Begeisternde Reden, militärische Organisation und ein Schuß Geheimbündelei üben nach wie vor eine starke Anziehungskraft auf die jungen Maroniten und Angehörigen anderer orientalisches-katholischer Kirchen aus. Ihnen suchte Gémayel

seit den fünfziger Jahren angesichts des *panarabischen Vereinigungsdruckes* auf den Libanon Ideale zu vermitteln, die sehr an die Versuche von Dollfuß und Schuschnigg in Österreich vor dem Zweiten Weltkrieg erinnerten, dem großdeutsch aufgeputzten Nationalsozialismus durch einen österreichischen National-Klerikalismus entgegenzutreten. So schrieb Gémayel 1956 in seiner Programmschrift „Al-Kataeb Al-Loubnaniat: Phalanges Libanaises“: „Libanon ist eine Seele, ein spirituelles Prinzip. Er könnte materiell vorübergehend von einem syrischen oder arabischen Reich absorbiert werden; spirituell kann er aber unmöglich mit einer Welt vereinigt werden, die seinen Seelenzustand, seine geistlichen Werte nicht teilt. Er sei glücklich als Christ, „die Ansichten der libanesischen Mehrheit zu vertreten“ (a.a.O., Beirut 1956, 22 und 29).

Daß es um diese Mehrheit von Jahr zu Jahr immer schwächer bestellt war, konnte Gémayel auf die Dauer nicht verborgen bleiben. Noch 1956, im Jahr der Veröffentlichung des „national-klerikalen“ Programms war sein fähigster Schüler, der 31jährige Clovis Maq-sud, zum Sozialismus abgesprungen. Dieser bewies in der Folge eine noch stärkere Anziehungskraft auf die Libanesen als der arabische Nationalismus, gegen den sich Gémayel zuletzt 1958 mit einem von seinen Falangisten organisierten Generalstreik zur Wehr setzte. Die „Fortschrittliche Sozialistische Partei“ des Drusenführers *Kamal Dschumblat*, die den demokratischen und humanitären Idealen der europäischen Sozialdemokraten nachzueifern suchte, gewann auch unter den anderen Religionsgemeinschaften wachsenden Einfluß. Da Dschumblat die nationalistische Einschränkung „Arabischer Sozialismus“ ablehnte, wurde sein Programm auch für jene Libanesen akzeptabel, die dem Panarabismus zurückhaltend gegenüberstehen.

Wirtschaftliche und politische Veränderungen

Dieses Anwachsen der sozialistischen

Strömungen in dem betont freiwirtschaftlichen Libanon hing zum Teil mit internen sozialen Verschiebungen zusammen. Der Unternehmergeist der Libanesen brachte immer mehr unselbständig Tätige in den Kreislauf der Wirtschaft: neben dem noch unter dem französischen Mandatsregime vor 1943 geschaffenen Beamtenstand und den traditionellen landwirtschaftlichen Kräften immer stärkere Klassen von Industriearbeitern sowie Handels- und Bankangestellten. Zugleich vertiefte sich der soziale Unterschied zwischen der städtischen Küstenbevölkerung und den ländlichen Bergbewohnern immer mehr. Während die drei Großstädte Beirut, Tripoli und Saida mit 40% der libanesischen Bevölkerung der Segnungen des wirtschaftlichen Aufschwunges teilhaft wurden, begann erst in den sechziger Jahren die Erschließung der Berggegenden durch einen großzügig angelegten Straßenbau und die Entwicklung regionaler wirtschaftlicher Schwerpunkte mit Kleinindustrien. 1965 verteilten sich die für sozialistische Ideen ansprechbaren unselbständig Erwerbstätigen des Libanon auf 200 000 Land- und 60 000 Fabrikarbeiter sowie 190 000 Angestellte in verschiedenen Dienstleistungsbetrieben.

Zudem gaben sich die panarabischen Bewegungen, die aus der nahöstlichen Nachbarschaft in den Libanon hineinwirkten, einen zunehmend sozialen statt nationalen Anstrich: 1963 waren in Syrien die von christlichen Ideologen (Michel Aflaq u. a.) gegründeten *Baath-Sozialisten* an die Macht gekommen, die sich für den Zusammenschluß des Libanon wie des Irak mit Damaskus einsetzten. 1964 erhielt die ägyptische „Arabische Sozialistische Union“ in Beirut auf Betreiben des libanesischen Publizisten Monsen Ibrahim den Sitz ihrer offiziellen Auslandsorganisation „Haraka qaumijin al-arab“ (Bewegung der Arabischen Nationalisten). Diese nahm bald darauf den zutreffenden Namen „Al-haraka al-ischtirakia al-arabia (Arabische Sozialistische Bewegung)“ an. Sie gelangte im Libanon vor allem bei den palästi-

nensischen Flüchtlingen zu Einfluß. Die heutigen Führer der extremen Linken unter den Palästinensern, Georges Habasch und Haschem Ali Mohsen, gehörten vor der Gründung ihrer „Volksfronten“ dieser nasseristischen Bewegung an (aus der sie im März 1972 wegen ihres Radikalismus endgültig ausgeschlossen wurden).

Die Entwicklung der *palästinensischen Flüchtlingslager im Libanon* zu sozialrevolutionären Zentren war es dann, die den Libanon 1969 bis 1973 in seine dritte (1952, 1958—1960) große Krise stürzte. Zuvor hatten die Palästinenser für den Libanon ein weit geringeres Problem als etwa für Jordanien oder den Gaza-Streifen dargestellt, da sie sich in verhältnismäßig kleinen Lagern über das ganze Land verteilten. Nur bei Tripoli (Nahr al-Barid) und Saida (Ain al-Helwa) befanden sich große Lager mit je 10 000 Insassen, zu denen noch die 2000—5000 Flüchtlinge fassenden Camps Raschidia und Al-Bass im Süden, Mia-Mia ebenfalls bei Saida, Burdsch al-Baraina südlich von Beirut sowie Wawal und Gouraud bei Baalbek kamen. Die restlichen sieben Palästinenser-Lager zählten unter 2000 Bewohner und machten erst nach dem Nahostkrieg von 1967 mit ihrer Entwicklung zu revolutionären Zellen und Waffenlagern auf sich aufmerksam.

Ideologischer Wendepunkt der Falangen

Die Regierung Raschid Qarama (1969 bis 1970) wußte sich in ihren Bestrebungen zur Beseitigung des religiösen Proporzsystems bald dieser Palästinenser zu bedienen, bald sah sie sich zu bewaffnetem Eingreifen, vor allem im Südlibanon, veranlaßt. Ihr Innenminister, der Führer der „Fortschrittlichen Sozialisten“ Kamal Dschumblat, stand mehr auf der Seite der marxistischen palästinensischen Organisationen als auf der der libanesischen Interessen. So wurde er zum Urheber des „Kairoer Vertrages“ vom November 1969, der die Palästinenser zu einer Art Staat im Staate machte. Dieser untragbare Zu-

stand konnte erst unter der Präsidentschaft Suleiman Frandschias im Mai 1973 durch blutige Intervention der libanesischen Armee beendet werden. Als politische Kraft überdauerten die Palästinenser und die mit ihnen verbündete libanesisch-Linke jedoch die Zerstreuung ihrer bewaffneten Verbände und die Erstürmung der „Lagerfestungen“ im Umkreis von Beirut. Das nicht zuletzt deshalb, weil sich der soziale Notstand von libanesischen Arbeitnehmern wie Flüchtlingen aus Palästina unter der bewußt bürgerlich-altväterischen Regierung von Taki ad-Din as-Solh erneut zu verschärfen begann.

In dieser Situation besannen sich Pierre Gémayel und seine Falangen auf ihr altes Programm christlichen Sozialbewußtseins und begannen für die Rechte der minderbegüterten Libanesen einzutreten und auf die echte Notlage der Palästina-Flüchtlinge in den libanesischen Lagern hinzuweisen.

Schon am 27. September 1973 konnte die Beirut-Tageszeitung „As-Safa“ (Offenes Wort) von einem „ideologischen Wendepunkt“ der Falangen sprechen. Das geschah in einem Kommentar zu Gémayels überraschendem Besuch bei der sozialistischen Baath-Führung Syriens, von dem auch das bisherige isolationistische außenpolitische Konzept der libanesisch-vaterländischen Falange auf den Kopf gestellt wurde. Gémayel sprach sich bei seinen Begegnungen mit dem syrischen Präsidenten *Hafes Assad* plötzlich für einen Schulterschuß zwischen libanesischen Christen und islamischen Panarabisten auf der Basis einer gemeinsamen Soziallehre aus — so die pro-syrische libanesisch-zeitung „Asch-Scharq“ (Der Orient) vom 28. September 1973.

Hinwendung zur Politik Sadats

Konservative Kreise in Beirut wollten noch immer Gémayels christlich-soziale Öffnung bagatellisieren und seine Avancen an den syrischen Baath als

tagespolitischen Schachzug ohne tiefere Bedeutung verstehen. Um so größer waren Überraschung und Aufregung, als am 11. Januar 1974 die Falangisten-Zeitung „Al-Amel“ (Der Arbeiter) auf ihrer Titelseite bekanntgab, daß Pierre Gémayel eine ihm am Vortag vom ägyptischen Botschafter überreichte Einladung des Zentralkomitees der „Arabischen Sozialistischen Union“ (ASU) nach Kairo angenommen habe, wo bisher nur Kamal Dschumblat Stammgast gewesen war. Der Besuch wurde für Anfang Februar in Aussicht gestellt. Als Gémayels Begleiter wurden die Kataib-Minister Joseph Chawer (= Schawar) und Edmond Rizk (= Risk) sowie sieben falangistische Abgeordnete genannt.

Der Besuch hat vom 2. bis 12. Februar 1974 in Kairo stattgefunden. Der amtlichen ägyptischen Nachrichtenagentur MENA zufolge konnte auf einer Arbeitssitzung der von Gémayel geführten Parteidelegation mit dem Interarabischen Ausschuß des ASU-Zentralkomitees am 9. Februar weitgehende Übereinkunft zur Koordinierung von Programm und Aktionen der libanesischen *Christlich-Sozialen* und der *arabisch-islamischen Sozialisten* Ägyptens erzielt werden. Tatsächlich ließ das Abschlußkommuniqué die Hinwendung der libanesischen Falangen von ihrem Isolationismus im staatlichen Bereich des Libanon und in der sozialen Sphäre seiner bäuerlich-patriarchalen (Zainismus) Ordnung zu einer aktiven Rolle im Aufbau einer föderativ geeinten und sozial erneuerten arabischen Welt deutlich erkennen. Die Falangisten gaben darin aber auch zum ersten Mal Aufschluß über die äußeren Motive ihres Einschwenkens in den Panarabismus, darunter vor allem den konzilianten Kurs des neuen ägyptischen Staatspräsidenten Anwar as-Sadat, der nicht mehr einen zentralistischen arabischen Einheitsstaat, sondern einen „Bund der arabischen Vaterländer islamischen und christlichen Glaubens“ anstrebe; und ein solches Konzept scheint für die Libanesen, und selbst für die Maroniten unter ihnen, durchaus akzeptabel geworden zu sein.